Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 572

Montag, 5. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kaysch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ungestörte Reichstagseröffnung gesichert

Schleichers Verhandlungen mit Göring

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Dez. Reichskanzler von Schleicher, der gestern in die Reichskanzlei übergesiedelt ist, empfing am Montagvormittag den Reichstagspräsidenten Göring zur Besprechung der politischen und parlamentarischen Lage. Als Ergebnis dieser Aussprache wird mitgeteilt, daß man seitens der Reichsregierung auf einen reibungslosen Ablauf des morgigen Tages rechnet. Bekanntlich tritt morgen nachmittag der neugewählte Reichstag zusammen. Nähere Einzelheiten darüber, auf Grund welcher Vereinbarungen die Reichsregierung mit Sicherheit auf einen reibungslosen Verlauf des morgigen Tages rechnet, werden nicht mitgeteilt. Nach Lage der Dinge kann es sich aber doch wohl nur darum handeln, daß Göring dem Reichskanzler versprochen hat, die Nationalsozialisten würden gegen etwaige sofort eingehende Mißtrauensvoten Einspruch erheben, so daß diese nicht sofort zur Abstimmung kommen. Sollte es zu einem sofortigen Zusammenstoß im Reichstag kommen, dann würde wahrscheinlich der Reichstag umgehend erneut aufgelöst werden mit ganz kurzfristiger Ansetzung der Neuwahlen.

Schleicher hat vom Reichspräsidenten die Auflösungsvollmacht bereits erhalten.

An Neuwahlen, die dann in den ersten Januartagen stattfinden würden, hat aber keine Partei, und auch wohl nicht die NSDAP., Interesse, weshalb man allgemein damit rechnet, daß es im Reichstag wenigstens in diesem Monat nicht zu krisenhaften Auseinandersetzungen kommt.

Aus der Wiederernennung des Reichswirtschaftsministers Warmbold und des Reichsernährungsministers von Braun zu Reichsministern im neuen Kabinett Schleicher, zieht man in politischen Kreisen den Schluß, daß beide Minister sich nun doch wohl auf ein Wirtschaftsprogramm geeinigt haben. Das Kabinett von Papen krankte bekanntlich daran, daß die Interessen der Exportindustrie, die Warmbold vertrat, nicht mit den landwirtschaftlichen Notwendigkeiten, für die von Braun sich einsetzte, in Einklang zu bringen waren. Aus diesem Grunde wurde die von der Landwirtschaft geforderte Kontingentspolitik immer wieder vertagt. Zwischen Warmbold und Braun scheint nunmehr ein dahingehendes Kompromiß zustandegekommen zu sein, daß man den Ablauf verschiedener Handelsverträge, insbesondere des schwedischen und holländischen Handelsvertrages, der in den ersten Monaten des nächsten Jahres fällig ist, ruhig abwartet, inzwischen aber dafür sorgt, daß die Zeitspanne bis dahin nicht von Importeuren ausländischer Produkte, die die Landwirtschaft schädigen, benutzt wird, sich in riesigem Umfang einzudecken und die Kontingentspolitik, die dann wahrscheinlich nach dem ersten Vierteljahr 1933 einsetzt, auf Monate hinaus unwirksam zu machen. Inzwischen ist auch die

englische Handelsdelegation in Berlin eingetroffen,

und man hofft in der Wilhelmstraße, daß man zu einer Einigung kommen wird, die den Interessen der deutschen Exportwirtschaft im englischen Wirtschaftsgebiet wenigstens einigermaßen gerecht wird.

Während diese und andere Besprechungen beim Reichskanzler stattfanden, verabschiedete sich der frühere Reichskanzler von Papen beim Reichspräsidenten, der ihm sein Bild überreichte. Kurz darauf fand die Vereidigung des neuen Reichsarbeitsministers Dr. Syrup beim Reichspräsidenten statt.

Die Fraktionen treten zusammen

Berlin, 5. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, herrschte im Reichstag bereits in den frühen Vormittagsstunden des Montags ein bewegtes politisches Getriebe. Von den verschiedenen Fraktionen, die heute zusammenkommen, begannen als erste die Zentrumsfraktion und die Gruppe des Christlich-sozialen Volksdienstes ihre Sitzungen. Bei den Sozialdemokraten, deren Fraktionssitzung erst am frühen Nachmittag angesetzt ist, fand eine Vorstandsbesprechung statt, an der auch Ministerpräsident Braun wieder teilnehmen konnte, nachdem er von seiner Erkrankung soweit wiederhergestellt ist. In der kommunistischen Fraktion wird bekanntgegeben, daß die KPD. sofort ein Antragsprogramm einbringen werde, das außer Mißtrauensanträgen gegen das Kabinett von Schleicher vor allem Forderungen für die Erwerbslosen und für die Erzielung einer politischen Amnestie enthalten soll.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ist für 6 Uhr in das Haus des Reichstagspräsidenten Göring berufen worden, wo sie Adolf Hitler vorgestellt werden soll.

Man nimmt an, daß der Reichstag in seiner morgigen Eröffnungssitzung sich konstituiert und auch bereits das Präsidium wählt. Daß Göring wieder zum Präsidenten gewählt wird, ist sicher. Gegen die kommunistischen Anträge gegen die Regierung wird aus der Vollversammlung des Reichstags bestimmt Widerspruch erhoben werden, so daß diese nicht sofort zur Abstimmung kommen. Am Mittwoch dürfte dann voraussichtlich die Regierungserklärung abgegeben werden und anschließend soll die Aussprache über diese Regierungserklärung beginnen. Diese Aussprache selbst soll dann am Donnerstag mit dem Reichstag vertagt werden.

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des DHV.

Hamburg, 5. Dez. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das heute der neuen Reichsregierung überreicht wird. In diesem Programm heißt es u. a., daß eine bewußt geleitete Kreditausweitung im Stande sei, die Wiederbelebung der Wirtschaft zu beschleunigen. Der DHV. schlägt zum Zwecke einer solchen Kreditausweitung folgende Maßnahmen vor: 1. Der Reichsbankdiskont ist solange zu senken, bis wieder in großen Ausmaßen Handelswechsel an die Reichsbank herangebracht werden. 2. Die einmal geschaffenen Steuergutscheine sind zum Zwecke ihrer finanziellen Verwertung dauernd in der Nähe des Paristandes zu halten. 3. Es ist notwendig, bestimmte Wertpapiergruppen als Deckung für einen erweiterten Notenumlauf zuzulassen. Der Ankauf solcher Wertpapiere soll weiter die Wirkung haben, den Kauf der festverzinslichen Wertpapiere zu heben, d. h. also, zur Herabdrückung des Zinsfußes in Deutschland beizutragen. Solche Wertpapiere sind insbesondere Reichs-, Länder- und Gemeindeanleihen, sowie Pfandbriefe. Die Einführung solcher Wertpapiere als berechtigte unmittelbare oder mittelbare Anlage von Notenbankmitteln würde sehr bald neue private und öffentliche Emissionen ermöglichen. 4. Für die Uebergangszeit ist das System der Notendeckung durch Finanzwechsel noch fortzusetzen.

Schleicher und die Gewerkschaften

Paris, 5. Dez. Der Berliner Korrespondent des „Excelsior" gibt eine Unterredung mit dem „Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Leipart, wieder, der ausführt, daß man in Gewerkschaftskreisen dem neuen Kanzler seine Vergangenheit nicht zum Vorwurf mache. Die soziale Frage stünde im Vordergrund seiner Besorgnisse, und das Ziel seines Versuches sei, eine Entspannung in Gewerkschaftskreisen herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter gehemmt werde. General von Schleicher sei übrigens nicht der Mann, als den man ihn sich vorzustellen scheine. Gewiß habe er Reden gehalten, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten, aber er habe durch die Forderung nach Gleichberechtigung nur die Auffassung aller Deutschen zum Ausdruck gebracht.

Die Neuregelung des freiwilligen Arbeitsdienstes

Forderungen der Nationalsozialisten

München, 5. Dez. Der Beauftragte der NSDAP. für Arbeitsdienst, Oberst a. D. Hierl, beschäftigt sich im „Völkischen Beobachter" mit der bisherigen Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Das bisherige System habe völlig versagt, und jetzt werde der freiwillige Arbeitsdienst sogar noch abgebaut. Dies bedeute die Bankrotterklärung des bisherigen Systems. Es bestehe die Gefahr, daß der Arbeitsdienstgedanke überhaupt im Volke in Mißkredit komme. Die Neugestaltung sei von Grund auf notwendig. Es wird gefordert:

1. grundsätzlich:

1. daß der freiwillige Arbeitsdienst so umgestaltet wird, daß er die planvolle Vorbereitung und Vorstufe für die Durchführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht werden und den festen Rahmen für ihre Organisation schaffen kann;

2. daß die Vorarbeiten für die gesetzliche Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für die deutsche Jugend ohne Verzug aufgenommen werden, so daß im Spätherbst 1933 der erste Jahrgang der Arbeitsdienstpflichtigen einzuziehen werden kann;

3. daß Zentralstellen für Arbeitsbeschaffung mit weitgehenden Vollmachten im Reich und in den Ländern geschaffen werden, um eine planvolle, großzügige und volkswirtschaftlich richtige Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

2. Als sofortige Uebergangsmaßnahmen:

1. daß alles getan wird, um die bestehenden geschlossenen Lager als Winterlager durchzuhalten. Deshalb ist die Gewährung einer Winterbeihilfe unerläßlich;

2. daß die jungen Menschen, die im freiwilligen Arbeitsdienst sich bewährt und einen neuen Lebensinhalt gefunden haben, beim Ablauf der Förderung nach 20 oder 40 Wochen nicht mehr auf die Straße gesetzt und der früheren Verelendung preisgegeben werden;

3. daß die im freiwilligen Arbeitsdienst bewährten Führer, von deren Wert der Wert der ganzen Einrichtung abhängt, durch Gewährung einer der Notlage unseres Volkes angepaßten, aber auskömmlichen Besoldung dem Arbeitsdienst erhalten bleiben. Die Möglichkeit, ein ausreichendes Auskommen im Arbeitsdienst zu finden, muß auch für verheiratete Führer geschaffen werden.

Macdonald wünscht Aussprache mit Neurath

Genf, 5. Dez. Der englische Premierminister Macdonald hat die deutsche Delegation wissen lassen, daß er für heute abend 6 Uhr eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister wünsche. Heute mittag gibt der Konferenzpräsident Henderson ein Frühstück, an dem auch Macdonald und Herriot teilnehmen.

•

Paris, 5. Dez. Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Echo de Paris" meldet zu dem Stand der Genfer Verhandlungen, daß Macdonald für Deutschland nicht mehr die absolute Gleichberechtigung, sondern die bedingte Bewilligung des Gleichberechtigungsgrundsatzes verlange; Frankreich hätte danach später, wenn seine Sicherheitsforderungen nicht befriedigt würden, sein Wort zurücknehmen können. Herriot habe dies abgelehnt.

Auch Norman Davis habe ursprünglich Frankreich gedrängt, Deutschland sofort die Gleichberechtigung zu bewilligen, wogegen die Abrüstung der Großmächte um zwei oder drei Jahre hinausgeschoben werden sollte, damit in der Zwischenzeit das Sicherheitsproblem erörtert werden könne. Der Widerstand von französischer Seite hat jedoch — nach Darstellung des „Echo de Paris" — Davis zu folgendem Kompromißvorschlag veranlaßt: In einem Vorabkommen die bisher erzielten Konferenzergebnisse zu registrieren und alsdann für drei Jahre die eigentlichen Konferenzarbeiten einer ständigen Abrüstungskommission zu übertragen und ihr auch die Behandlung des Sicherheits- und Gleichberechtigungsproblems zu überlassen.

Pertinax meldet, daß Herriot am Mittwochvormittag nach Paris zurückzureisen gedenke; bis dahin würden die Fünf-Mächte-Besprechungen beendet sein.

Der Berichterstatter beschäftigt sich weiter mit der ablehnenden Haltung Herriots gegenüber einer vorläufigen Abrüstungsvereinbarung und betont, Herriot sehe keinen Grund dafür, daß die Abrüstungskonferenz nicht in der bisherigen Weise programmgemäß weiterarbeiten solle ohne Rücksicht auf die Haltung Deutschlands.

Der Arbeitsausschuß internationaler Verbände,

dem die kirchlichen Organisationen und internationalen Frauen- und Studentenverbände, die Kriegsteilnehmerverbände, ferner die großen englischen und amerikanischen Organisationen für die Abrüstung angehören, hat am Montag den Hauptvertretern der fünf Großmächte England, Deutschland, Frankreich, Italien und der Vereinigten Staaten, sowie dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz eine Erklärung übermittelt, in der betont wird, daß die Konferenz unverzüglich die Gleichberechtigung aller Staaten durch eine unzweideutige Erklärung anerkennen muß, daß sämtliche bestehenden Abrüstungsverträge in dem neuen allgemeinen Abrüstungsvertrag enthalten sein müssen und durch ihn ersetzt werden sollen, sowie daß dieser neue Vertrag mit allen Verpflichtungen von den Beteiligten freiwillig angenommen werden muß.

Der Kriegsschulden-Konflikt

Vor Zusammentritt des amerikanischen Kongresses

Neuyork, 5. Dez. Die republikanische „New York Herald Tribune" meldet aus Washington, daß Hoover und Mills in einer Nachtsitzung verzweifelt versucht hätten, angesichts der Haltung des am heutigen Montag zusammentretenden Kongresses einen Weg zu finden, um zu vermeiden, daß England sich Mitte Dezember zahlungsunfähig erklärt. Gewisse Vorschläge seien an die amerikanische Botschaft in London gerichtet worden, um den britischen Stellen vorgelegt zu werden. Das Ergebnis der Konferenz zwischen Hoover und Mills ist unbekannt, jedoch verlautet, daß ein Vorschlag dahingehe, die Zahlung der Dezemberrate durch England in Form von Akzepten an Stelle von Gold zuzulassen. Die zur Eröffnung des Kongresses in Washington eintreffenden Abgeordneten erklärten, daß sie irgendwelchen Zugeständnissen abgeneigt seien.

Inzwischen, so berichtet „Sunday Expreß", hat die englische Regierung endgültig entschieden, daß für den Fall der Ablehnung des englischen Stundungsgesuches die

Zahlung zum 15. Dezember in Gold

erfolgen soll. Es würden dann sofort Schritte unternommen werden, um die amerikanische Einfuhr nach England durch Sondermaßnahmen soweit wie irgend möglich herabzudrücken. Man erwartet, daß die amerikanische Note etwa am Donnerstag oder Freitag in London eintreffen werde.

SLUB
Wir führen Wissen.